



Kulturelle Vielfalt

Das Stuttgarter Kulturangebot kann sich auch bei Kindern sehen lassen. Hier sammelt die Stadt viele Pluspunkte.

Stuttgart

Seite 22



Neue Wohnungen

Auf dem Möhringer Neoplan-Areal werden 500 Mietwohnungen gebaut. Eigentumswohnungen sind nicht mehr geplant.

Stuttgart

Seite 23



Offene Worte

„Liebevoll, sanft, stoisch“ reagiert Helga Breuninger auf Geizkragen: ein Geburtstagsgespräch mit der Stiftungschefin.

Region Stuttgart

Seite 30

Doch kein Handball in der Porsche-Arena

SVK Salamander insolvent – Stadt fühlt sich verschaukelt

Der Plan, in der Porsche-Arena ein Stuttgarter Handball-Bundesligateam zu etablieren, ist schon vor Saisonbeginn gescheitert. Nachdem der SVK Salamander vergeblich versucht hat, von der Stadt 360 000 Euro zu erhalten, meldet er heute Insolvenz an.

Von Jörg Nauke

Das hat sich Sportbürgermeisterin Susanne Eisenmann (CDU) ganz anders vorgestellt. Gegen Widerstände in den Reihen der Porsche-Arena-Verwalter und im Rathaus hat sie sich für einen Regelspielbetrieb im Handball in der neuen Halle stark gemacht. Ein eigenes Stuttgarter Team sollte es sein, und weil es keine bundesligafähigen Spieler in der Landeshauptstadt gibt, hat sie zum Ärger der Nachbarstadt Ludwigsburg deren Handballer abgeworben. Das zerfiel, der Stamm aus Kornwestheimer Aktiven und Funktionären firmiert nun als SVK Salamander Stuttgart.

Doch schon vor Beginn der neuen Saison 2007/2008 ist alles aus: „Um dem Finanzstand der Insolvenzverschleppung entgegenzuwirken, hat die Geschäftsführung der TVK Marketing und Management GmbH & Co. KG beschlossen, am Donnerstag das Insolvenzverfahren zu beantragen“, teilte Geschäftsführer Markus Graf gestern mit. Diese Gesellschaft, und nicht etwa der Verein, ist im Besitz der Bundeslizenz. Die Richtlinien der Handball Bundesliga GmbH dürften nicht umgangen werden, heißt es in der Begründung. Und es ist die Rede davon, dass die Spieler von ihren vertraglichen Verpflichtungen befreit worden seien. Wie es sportlich weitergeht, ist unklar; wenn überhaupt, dann nur in Kornwestheim, wo der Zuschauerschnitt allerdings so gering ist, dass Handball auf hohem Niveau kaum finanzierbar ist.

Die Gründe für die Pleite liegen auf der Hand: Die Marketing und Management GmbH hat aus der vergangenen Saison noch 360 000 Euro Schulden – viel mehr als gedacht. Mit 160 000 Euro steht sie allein bei der Veranstaltungsgesellschaft „In Stuttgart“

in der Kreide, die bereits in den letzten fünf Spielen der vergangenen Saison die Halle für die Kornwestheimer geöffnet und eine Vorauszahlung von 75 000 Euro geleistet hatte.

Offensichtlich hat sich die Suche nach Sponsoren nicht wie erhofft entwickelt. Bürgermeisterin Eisenmann und Andreas Kroll, Chef von „In Stuttgart“, erstaunt das nicht. Sie hätten in den zurückliegenden Monaten feststellen müssen, dass der Verein fast allein aus Manager Markus Graf bestehe. Der habe bei den Schlussverhandlungen mit den von Stadt und „In Stuttgart“ vermittelten Sponsoren keine glückliche Hand besessen. Bei den Heimspielen der Kornwestheimer in der Porsche-Arena sei erkennbar gewesen, dass der Verein offensichtlich nicht die Möglichkeiten besitze, genügend Zuschauer zu mobilisieren.

„Wir waren schon längere Zeit skeptisch“, so Kroll und Eisenmann. Während sich Manager Graf früher nahezu täglich gemeldet habe, sei der Kontakt zuletzt abgebrochen. Man sei nicht einmal über eine Veränderung der Gesellschafterverhältnisse informiert worden. Auch über die in den letzten Spielen erzielten Erlöse und das schon im Vorgriff auf die neue Saison beanspruchte Budget habe sich der SVK aus geschwiegen.

Graf hat gestern in einer Pressemitteilung behauptet, der SVK Salamander suche gemeinsam mit der Stadt nach Lösungen, um die Finanzlücke zu schließen. Dies könnte beispielsweise durch die Anwerbung von Sponsoren geschehen. Falls dies nicht eintrete, müsse die öffentliche Hand eben in die Bresche springen. Wenn die Stadt aushelfe, so der Manager, bringe der neue Sponsor Urs Zondler 400 000 Euro ein, um den Bundesligahandball in Stuttgart zu sichern.

Bürgermeisterin Eisenmann legt allerdings großen Wert auf die Feststellung, „dass diese Pressemitteilung nicht mit mir abgestimmt worden ist“. Die Altschulden seien allein Sache des Vereins, verbindliche Zusagen über Finanzzuschüsse habe es nie gegeben. Eine ihr von Graf zur Unterschrift vorgelegte Erklärung, in der sie der TVK Marketing und Management GmbH 360 000 Euro aus Steuermitteln zusagen sollte, hält sie für „absurd“.



Der Auftritt der Kornwestheimer Handballer in der Porsche-Arena ist zu Ende, bevor er richtig begonnen hat. Foto Mann/Archiv

Land will 2009 mit Neubau von Ministerien beginnen

Erweiterung des Standorts Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße geplant – Gebäudekomplex am Karlsplatz für 950 Mitarbeiter

Das Land Baden-Württemberg treibt die Planungen für eine Konzentration der Ministerien an vier bis fünf Standorten in Stuttgart voran. Ein entsprechendes Konzept des Landesfinanzministers Gerhard Stratthaus (CDU) hat der Ministerrat gestern abgesegnet.

Von Hildegund Oßwald und Achim Wörner

„Der Standort Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße wird ausgebaut.“ Das sagte Finanzminister Stratthaus (CDU) gestern nach einer Kabinettsitzung. Die Landesregierung plant, wie berichtet, einen Neubau an der Willy-Brandt-Straße auf einer landeseigenen Brachfläche gegenüber dem Hotel Le Méridien. Nun steht fest, dass die Landesregierung das Gebäude errichten soll, in dem dann das heute am Karlsplatz residierende Innenministerium mitsamt dem Lagezentrum untergebracht wird, so der Finanzminister.

Die Kosten für das Neubauprojekt bezifferte Stratthaus auf 50 Millionen Euro. Der Baubeginn sei für Frühjahr 2009 geplant. Allerdings müsse mit der Stadt erst noch das Planungsrecht geschaffen werden. Zudem stehe insgesamt ein schmales Zeitfenster zur Verfügung, „um eventuelle logistische Schwierigkeiten mit der angrenzenden Großbaustelle von Stuttgart 21 am Hauptbahnhof auszuschließen“. Das Land werde die neuen Räume langfristig zu ortsüblichen Konditionen mieten, sagte der Finanzminister.

Am unmittelbar benachbarten Kernerplatz sind heute schon das Umweltministerium und das Ministerium für Ländlichen Raum zur Miete untergebracht, sodass künftig von den 3300 Beschäftigten in den Landesministerien 1100 an dem Standort Kerner-

platz/Willy-Brandt-Straße arbeiten. „Damit schaffen wir“, so Stratthaus, „einen ersten zentralen Ministerienstandort.“

Nach Informationen der Stuttgarter Zeitung hält das Land weiterhin auch an den Plänen fest, im Bereich des Karlsplatzes in einem repräsentativen Neubau Ministerien zu konzentrieren. Konkret sollen an der Stelle des heutigen Innenministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das Sozialministerium sowie jeweils kleinere Außenstellen des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Justizministeriums unterkommen – mit zusammen rund 950 Mitarbeitern, wie es in einer internen Kabinettsvorlage heißt.

Wie berichtet, will der Breuninger-Chef Willem van Agtmael das Quartier zwischen Sporer-, Holz- und Dorotheenstraße komplett neu ordnen und stellt sich in diesem Bereich neben neuen Geschäften und Gastronomiebetrieben unter anderem ein Luxushotel vor – was mit den Überlegungen des Landes möglicherweise nicht kompatibel ist. Es werde zurzeit geprüft, ob am Karlsplatz eine Ministeriumsunterbringung möglich sei, so Stratthaus. Auch hier spielen planungsrechtliche Fragen eine wichtige Rolle, „die mit der Stadt geklärt werden müssten“. Diese Anmerkung bezieht sich auf die Höhe und das Volumen des Neubaus, der nach Ansicht des Baubürgermeisters Matthias Hahn (SPD) nicht zu massiv ausfallen darf. Letztlich geht es auch um die Frage, wie viel Platz das Hotel, das mit 200 bis 250 Zimmern möglicherweise wesentlich kleiner als bisher geplant ausfallen könnte, und wie viel Fläche die Landesverwaltung einnehmen kann.

Offen gelassen hat der Finanzminister deshalb auch, wo künftig das Wirtschaftsministerium residieren wird. Wegen des engen



An der Willy-Brandt-Straße, gegenüber dem Hotel Le Méridien, soll das Innenministerium seinen neuen Sitz bekommen. Foto Rudel/Regenscheit

Sachbezugs zum Haus der Wirtschaft könnte die Behörde möglicherweise am Standort Theodor-Heuss-Straße/Kienestraße verbleiben. In diesem Fall denkt das Land an einen Erweiterungsbau auf dem Parkplatz des Wirtschaftsministeriums, den Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der nicht umziehen möchte, zuletzt angestrebt hat. Insgesamt hätten an diesem Ort dann 400 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Allerdings favorisiert der Ministerpräsident dem Vernehmen auch einen Umzug des Wirtschaftsministeriums, zumal es für dessen Gebäude bereits Kaufinteressenten gibt und das Land bekanntlich Geld für die zentralen Neubauten braucht.

Unstrittig ist, dass die Regierungszentrale mit zusammen rund 210 Beschäftigten in der Villa Reitzenstein verbleiben wird. Das Finanzministerium und das Kultusministerium behalten mit 400 Mitarbeitern ihren Sitz im Neuen Schloss. Und auch das Justizministerium soll nicht umziehen: Die 125 Beschäftigten sind im Prinzenbau und in der Alten Kanzlei am Schillerplatz untergebracht.

Laut dem Finanzminister sind die Ministerien zurzeit auf insgesamt 24 Standorte in Stuttgart verteilt. Ziel sei eine Konzentration auf vier, fünf Stellen. Von den 3300 Mitarbeitern des Landes sind nach dem Stand der Dinge 2500 von der Neuordnung betroffen.

Bauboom in der Stadt Überraschung

Erweiterung des Standorts Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße geplant – Gebäudekomplex am Karlsplatz für 950 Mitarbeiter

Das Land Baden-Württemberg treibt die Planungen für eine Konzentration der Ministerien an vier bis fünf Standorten in Stuttgart voran. Ein entsprechendes Konzept des Landesfinanzministers Gerhard Stratthaus (CDU) hat der Ministerrat gestern abgesegnet.

Von Hildegund Oßwald und Achim Wörner

„Der Standort Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße wird ausgebaut.“ Das sagte Finanzminister Stratthaus (CDU) gestern nach einer Kabinettsitzung. Die Landesregierung plant, wie berichtet, einen Neubau an der Willy-Brandt-Straße auf einer landeseigenen Brachfläche gegenüber dem Hotel Le Méridien. Nun steht fest, dass die Landesregierung das Gebäude errichten soll, in dem dann das heute am Karlsplatz residierende Innenministerium mitsamt dem Lagezentrum untergebracht wird, so der Finanzminister.

Die Kosten für das Neubauprojekt bezifferte Stratthaus auf 50 Millionen Euro. Der Baubeginn sei für Frühjahr 2009 geplant. Allerdings müsse mit der Stadt erst noch das Planungsrecht geschaffen werden. Zudem stehe insgesamt ein schmales Zeitfenster zur Verfügung, „um eventuelle logistische Schwierigkeiten mit der angrenzenden Großbaustelle von Stuttgart 21 am Hauptbahnhof auszuschließen“. Das Land werde die neuen Räume langfristig zu ortsüblichen Konditionen mieten, sagte der Finanzminister.

Am unmittelbar benachbarten Kernerplatz sind heute schon das Umweltministerium und das Ministerium für Ländlichen Raum zur Miete untergebracht, sodass künftig von den 3300 Beschäftigten in den Landesministerien 1100 an dem Standort Kerner-

platz/Willy-Brandt-Straße arbeiten. „Damit schaffen wir“, so Stratthaus, „einen ersten zentralen Ministerienstandort.“

Nach Informationen der Stuttgarter Zeitung hält das Land weiterhin auch an den Plänen fest, im Bereich des Karlsplatzes in einem repräsentativen Neubau Ministerien zu konzentrieren. Konkret sollen an der Stelle des heutigen Innenministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das Sozialministerium sowie jeweils kleinere Außenstellen des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Justizministeriums unterkommen – mit zusammen rund 950 Mitarbeitern, wie es in einer internen Kabinettsvorlage heißt.

Wie berichtet, will der Breuninger-Chef Willem van Agtmael das Quartier zwischen Sporer-, Holz- und Dorotheenstraße komplett neu ordnen und stellt sich in diesem Bereich neben neuen Geschäften und Gastronomiebetrieben unter anderem ein Luxushotel vor – was mit den Überlegungen des Landes möglicherweise nicht kompatibel ist. Es werde zurzeit geprüft, ob am Karlsplatz eine Ministeriumsunterbringung möglich sei, so Stratthaus. Auch hier spielen planungsrechtliche Fragen eine wichtige Rolle, „die mit der Stadt geklärt werden müssten“. Diese Anmerkung bezieht sich auf die Höhe und das Volumen des Neubaus, der nach Ansicht des Baubürgermeisters Matthias Hahn (SPD) nicht zu massiv ausfallen darf. Letztlich geht es auch um die Frage, wie viel Platz das Hotel, das mit 200 bis 250 Zimmern möglicherweise wesentlich kleiner als bisher geplant ausfallen könnte, und wie viel Fläche die Landesverwaltung einnehmen kann.

Offen gelassen hat der Finanzminister deshalb auch, wo künftig das Wirtschaftsministerium residieren wird. Wegen des engen



An der Willy-Brandt-Straße, gegenüber dem Hotel Le Méridien, soll das Innenministerium seinen neuen Sitz bekommen. Foto Rudel/Regenscheit

Sachbezugs zum Haus der Wirtschaft könnte die Behörde möglicherweise am Standort Theodor-Heuss-Straße/Kienestraße verbleiben. In diesem Fall denkt das Land an einen Erweiterungsbau auf dem Parkplatz des Wirtschaftsministeriums, den Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der nicht umziehen möchte, zuletzt angestrebt hat. Insgesamt hätten an diesem Ort dann 400 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Allerdings favorisiert der Ministerpräsident dem Vernehmen auch einen Umzug des Wirtschaftsministeriums, zumal es für dessen Gebäude bereits Kaufinteressenten gibt und das Land bekanntlich Geld für die zentralen Neubauten braucht.

Unstrittig ist, dass die Regierungszentrale mit zusammen rund 210 Beschäftigten in der Villa Reitzenstein verbleiben wird. Das Finanzministerium und das Kultusministerium behalten mit 400 Mitarbeitern ihren Sitz im Neuen Schloss. Und auch das Justizministerium soll nicht umziehen: Die 125 Beschäftigten sind im Prinzenbau und in der Alten Kanzlei am Schillerplatz untergebracht.

Laut dem Finanzminister sind die Ministerien zurzeit auf insgesamt 24 Standorte in Stuttgart verteilt. Ziel sei eine Konzentration auf vier, fünf Stellen. Von den 3300 Mitarbeitern des Landes sind nach dem Stand der Dinge 2500 von der Neuordnung betroffen.

Bauboom in der Stadt Überraschung

Erweiterung des Standorts Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße geplant – Gebäudekomplex am Karlsplatz für 950 Mitarbeiter

Das Land Baden-Württemberg treibt die Planungen für eine Konzentration der Ministerien an vier bis fünf Standorten in Stuttgart voran. Ein entsprechendes Konzept des Landesfinanzministers Gerhard Stratthaus (CDU) hat der Ministerrat gestern abgesegnet.

Von Hildegund Oßwald und Achim Wörner

„Der Standort Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße wird ausgebaut.“ Das sagte Finanzminister Stratthaus (CDU) gestern nach einer Kabinettsitzung. Die Landesregierung plant, wie berichtet, einen Neubau an der Willy-Brandt-Straße auf einer landeseigenen Brachfläche gegenüber dem Hotel Le Méridien. Nun steht fest, dass die Landesregierung das Gebäude errichten soll, in dem dann das heute am Karlsplatz residierende Innenministerium mitsamt dem Lagezentrum untergebracht wird, so der Finanzminister.

Die Kosten für das Neubauprojekt bezifferte Stratthaus auf 50 Millionen Euro. Der Baubeginn sei für Frühjahr 2009 geplant. Allerdings müsse mit der Stadt erst noch das Planungsrecht geschaffen werden. Zudem stehe insgesamt ein schmales Zeitfenster zur Verfügung, „um eventuelle logistische Schwierigkeiten mit der angrenzenden Großbaustelle von Stuttgart 21 am Hauptbahnhof auszuschließen“. Das Land werde die neuen Räume langfristig zu ortsüblichen Konditionen mieten, sagte der Finanzminister.

Am unmittelbar benachbarten Kernerplatz sind heute schon das Umweltministerium und das Ministerium für Ländlichen Raum zur Miete untergebracht, sodass künftig von den 3300 Beschäftigten in den Landesministerien 1100 an dem Standort Kerner-

platz/Willy-Brandt-Straße arbeiten. „Damit schaffen wir“, so Stratthaus, „einen ersten zentralen Ministerienstandort.“

Nach Informationen der Stuttgarter Zeitung hält das Land weiterhin auch an den Plänen fest, im Bereich des Karlsplatzes in einem repräsentativen Neubau Ministerien zu konzentrieren. Konkret sollen an der Stelle des heutigen Innenministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das Sozialministerium sowie jeweils kleinere Außenstellen des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Justizministeriums unterkommen – mit zusammen rund 950 Mitarbeitern, wie es in einer internen Kabinettsvorlage heißt.

Wie berichtet, will der Breuninger-Chef Willem van Agtmael das Quartier zwischen Sporer-, Holz- und Dorotheenstraße komplett neu ordnen und stellt sich in diesem Bereich neben neuen Geschäften und Gastronomiebetrieben unter anderem ein Luxushotel vor – was mit den Überlegungen des Landes möglicherweise nicht kompatibel ist. Es werde zurzeit geprüft, ob am Karlsplatz eine Ministeriumsunterbringung möglich sei, so Stratthaus. Auch hier spielen planungsrechtliche Fragen eine wichtige Rolle, „die mit der Stadt geklärt werden müssten“. Diese Anmerkung bezieht sich auf die Höhe und das Volumen des Neubaus, der nach Ansicht des Baubürgermeisters Matthias Hahn (SPD) nicht zu massiv ausfallen darf. Letztlich geht es auch um die Frage, wie viel Platz das Hotel, das mit 200 bis 250 Zimmern möglicherweise wesentlich kleiner als bisher geplant ausfallen könnte, und wie viel Fläche die Landesverwaltung einnehmen kann.

Offen gelassen hat der Finanzminister deshalb auch, wo künftig das Wirtschaftsministerium residieren wird. Wegen des engen



An der Willy-Brandt-Straße, gegenüber dem Hotel Le Méridien, soll das Innenministerium seinen neuen Sitz bekommen. Foto Rudel/Regenscheit

Sachbezugs zum Haus der Wirtschaft könnte die Behörde möglicherweise am Standort Theodor-Heuss-Straße/Kienestraße verbleiben. In diesem Fall denkt das Land an einen Erweiterungsbau auf dem Parkplatz des Wirtschaftsministeriums, den Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der nicht umziehen möchte, zuletzt angestrebt hat. Insgesamt hätten an diesem Ort dann 400 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Allerdings favorisiert der Ministerpräsident dem Vernehmen auch einen Umzug des Wirtschaftsministeriums, zumal es für dessen Gebäude bereits Kaufinteressenten gibt und das Land bekanntlich Geld für die zentralen Neubauten braucht.

Unstrittig ist, dass die Regierungszentrale mit zusammen rund 210 Beschäftigten in der Villa Reitzenstein verbleiben wird. Das Finanzministerium und das Kultusministerium behalten mit 400 Mitarbeitern ihren Sitz im Neuen Schloss. Und auch das Justizministerium soll nicht umziehen: Die 125 Beschäftigten sind im Prinzenbau und in der Alten Kanzlei am Schillerplatz untergebracht.

Laut dem Finanzminister sind die Ministerien zurzeit auf insgesamt 24 Standorte in Stuttgart verteilt. Ziel sei eine Konzentration auf vier, fünf Stellen. Von den 3300 Mitarbeitern des Landes sind nach dem Stand der Dinge 2500 von der Neuordnung betroffen.

Bauboom in der Stadt Überraschung

Erweiterung des Standorts Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße geplant – Gebäudekomplex am Karlsplatz für 950 Mitarbeiter

Das Land Baden-Württemberg treibt die Planungen für eine Konzentration der Ministerien an vier bis fünf Standorten in Stuttgart voran. Ein entsprechendes Konzept des Landesfinanzministers Gerhard Stratthaus (CDU) hat der Ministerrat gestern abgesegnet.

Von Hildegund Oßwald und Achim Wörner

„Der Standort Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße wird ausgebaut.“ Das sagte Finanzminister Stratthaus (CDU) gestern nach einer Kabinettsitzung. Die Landesregierung plant, wie berichtet, einen Neubau an der Willy-Brandt-Straße auf einer landeseigenen Brachfläche gegenüber dem Hotel Le Méridien. Nun steht fest, dass die Landesregierung das Gebäude errichten soll, in dem dann das heute am Karlsplatz residierende Innenministerium mitsamt dem Lagezentrum untergebracht wird, so der Finanzminister.

Die Kosten für das Neubauprojekt bezifferte Stratthaus auf 50 Millionen Euro. Der Baubeginn sei für Frühjahr 2009 geplant. Allerdings müsse mit der Stadt erst noch das Planungsrecht geschaffen werden. Zudem stehe insgesamt ein schmales Zeitfenster zur Verfügung, „um eventuelle logistische Schwierigkeiten mit der angrenzenden Großbaustelle von Stuttgart 21 am Hauptbahnhof auszuschließen“. Das Land werde die neuen Räume langfristig zu ortsüblichen Konditionen mieten, sagte der Finanzminister.

Am unmittelbar benachbarten Kernerplatz sind heute schon das Umweltministerium und das Ministerium für Ländlichen Raum zur Miete untergebracht, sodass künftig von den 3300 Beschäftigten in den Landesministerien 1100 an dem Standort Kerner-

platz/Willy-Brandt-Straße arbeiten. „Damit schaffen wir“, so Stratthaus, „einen ersten zentralen Ministerienstandort.“

Nach Informationen der Stuttgarter Zeitung hält das Land weiterhin auch an den Plänen fest, im Bereich des Karlsplatzes in einem repräsentativen Neubau Ministerien zu konzentrieren. Konkret sollen an der Stelle des heutigen Innenministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das Sozialministerium sowie jeweils kleinere Außenstellen des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Justizministeriums unterkommen – mit zusammen rund 950 Mitarbeitern, wie es in einer internen Kabinettsvorlage heißt.

Wie berichtet, will der Breuninger-Chef Willem van Agtmael das Quartier zwischen Sporer-, Holz- und Dorotheenstraße komplett neu ordnen und stellt sich in diesem Bereich neben neuen Geschäften und Gastronomiebetrieben unter anderem ein Luxushotel vor – was mit den Überlegungen des Landes möglicherweise nicht kompatibel ist. Es werde zurzeit geprüft, ob am Karlsplatz eine Ministeriumsunterbringung möglich sei, so Stratthaus. Auch hier spielen planungsrechtliche Fragen eine wichtige Rolle, „die mit der Stadt geklärt werden müssten“. Diese Anmerkung bezieht sich auf die Höhe und das Volumen des Neubaus, der nach Ansicht des Baubürgermeisters Matthias Hahn (SPD) nicht zu massiv ausfallen darf. Letztlich geht es auch um die Frage, wie viel Platz das Hotel, das mit 200 bis 250 Zimmern möglicherweise wesentlich kleiner als bisher geplant ausfallen könnte, und wie viel Fläche die Landesverwaltung einnehmen kann.

Offen gelassen hat der Finanzminister deshalb auch, wo künftig das Wirtschaftsministerium residieren wird. Wegen des engen



An der Willy-Brandt-Straße, gegenüber dem Hotel Le Méridien, soll das Innenministerium seinen neuen Sitz bekommen. Foto Rudel/Regenscheit

Sachbezugs zum Haus der Wirtschaft könnte die Behörde möglicherweise am Standort Theodor-Heuss-Straße/Kienestraße verbleiben. In diesem Fall denkt das Land an einen Erweiterungsbau auf dem Parkplatz des Wirtschaftsministeriums, den Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der nicht umziehen möchte, zuletzt angestrebt hat. Insgesamt hätten an diesem Ort dann 400 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Allerdings favorisiert der Ministerpräsident dem Vernehmen auch einen Umzug des Wirtschaftsministeriums, zumal es für dessen Gebäude bereits Kaufinteressenten gibt und das Land bekanntlich Geld für die zentralen Neubauten braucht.

Unstrittig ist, dass die Regierungszentrale mit zusammen rund 210 Beschäftigten in der Villa Reitzenstein verbleiben wird. Das Finanzministerium und das Kultusministerium behalten mit 400 Mitarbeitern ihren Sitz im Neuen Schloss. Und auch das Justizministerium soll nicht umziehen: Die 125 Beschäftigten sind im Prinzenbau und in der Alten Kanzlei am Schillerplatz untergebracht.

Laut dem Finanzminister sind die Ministerien zurzeit auf insgesamt 24 Standorte in Stuttgart verteilt. Ziel sei eine Konzentration auf vier, fünf Stellen. Von den 3300 Mitarbeitern des Landes sind nach dem Stand der Dinge 2500 von der Neuordnung betroffen.

Bauboom in der Stadt Überraschung

Erweiterung des Standorts Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße geplant – Gebäudekomplex am Karlsplatz für 950 Mitarbeiter

Das Land Baden-Württemberg treibt die Planungen für eine Konzentration der Ministerien an vier bis fünf Standorten in Stuttgart voran. Ein entsprechendes Konzept des Landesfinanzministers Gerhard Stratthaus (CDU) hat der Ministerrat gestern abgesegnet.

Von Hildegund Oßwald und Achim Wörner

„Der Standort Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße wird ausgebaut.“ Das sagte Finanzminister Stratthaus (CDU) gestern nach einer Kabinettsitzung. Die Landesregierung plant, wie berichtet, einen Neubau an der Willy-Brandt-Straße auf einer landeseigenen Brachfläche gegenüber dem Hotel Le Méridien. Nun steht fest, dass die Landesregierung das Gebäude errichten soll, in dem dann das heute am Karlsplatz residierende Innenministerium mitsamt dem Lagezentrum untergebracht wird, so der Finanzminister.

Die Kosten für das Neubauprojekt bezifferte Stratthaus auf 50 Millionen Euro. Der Baubeginn sei für Frühjahr 2009 geplant. Allerdings müsse mit der Stadt erst noch das Planungsrecht geschaffen werden. Zudem stehe insgesamt ein schmales Zeitfenster zur Verfügung, „um eventuelle logistische Schwierigkeiten mit der angrenzenden Großbaustelle von Stuttgart 21 am Hauptbahnhof auszuschließen“. Das Land werde die neuen Räume langfristig zu ortsüblichen Konditionen mieten, sagte der Finanzminister.

Am unmittelbar benachbarten Kernerplatz sind heute schon das Umweltministerium und das Ministerium für Ländlichen Raum zur Miete untergebracht, sodass künftig von den 3300 Beschäftigten in den Landesministerien 1100 an dem Standort Kerner-

platz/Willy-Brandt-Straße arbeiten. „Damit schaffen wir“, so Stratthaus, „einen ersten zentralen Ministerienstandort.“

Nach Informationen der Stuttgarter Zeitung hält das Land weiterhin auch an den Plänen fest, im Bereich des Karlsplatzes in einem repräsentativen Neubau Ministerien zu konzentrieren. Konkret sollen an der Stelle des heutigen Innenministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das Sozialministerium sowie jeweils kleinere Außenstellen des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Justizministeriums unterkommen – mit zusammen rund 950 Mitarbeitern, wie es in einer internen Kabinettsvorlage heißt.

Wie berichtet, will der Breuninger-Chef Willem van Agtmael das Quartier zwischen Sporer-, Holz- und Dorotheenstraße komplett neu ordnen und stellt sich in diesem Bereich neben neuen Geschäften und Gastronomiebetrieben unter anderem ein Luxushotel vor – was mit den Überlegungen des Landes möglicherweise nicht kompatibel ist. Es werde zurzeit geprüft, ob am Karlsplatz eine Ministeriumsunterbringung möglich sei, so Stratthaus. Auch hier spielen planungsrechtliche Fragen eine wichtige Rolle, „die mit der Stadt geklärt werden müssten“. Diese Anmerkung bezieht sich auf die Höhe und das Volumen des Neubaus, der nach Ansicht des Baubürgermeisters Matthias Hahn (SPD) nicht zu massiv ausfallen darf. Letztlich geht es auch um die Frage, wie viel Platz das Hotel, das mit 200 bis 250 Zimmern möglicherweise wesentlich kleiner als bisher geplant ausfallen könnte, und wie viel Fläche die Landesverwaltung einnehmen kann.

Offen gelassen hat der Finanzminister deshalb auch, wo künftig das Wirtschaftsministerium residieren wird. Wegen des engen



An der Willy-Brandt-Straße, gegenüber dem Hotel Le Méridien, soll das Innenministerium seinen neuen Sitz bekommen. Foto Rudel/Regenscheit

Sachbezugs zum Haus der Wirtschaft könnte die Behörde möglicherweise am Standort Theodor-Heuss-Straße/Kienestraße verbleiben. In diesem Fall denkt das Land an einen Erweiterungsbau auf dem Parkplatz des Wirtschaftsministeriums, den Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der nicht umziehen möchte, zuletzt angestrebt hat. Insgesamt hätten an diesem Ort dann 400 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Allerdings favorisiert der Ministerpräsident dem Vernehmen auch einen Umzug des Wirtschaftsministeriums, zumal es für dessen Gebäude bereits Kaufinteressenten gibt und das Land bekanntlich Geld für die zentralen Neubauten braucht.

Unstrittig ist, dass die Regierungszentrale mit zusammen rund 210 Beschäftigten in der Villa Reitzenstein verbleiben wird. Das Finanzministerium und das Kultusministerium behalten mit 400 Mitarbeitern ihren Sitz im Neuen Schloss. Und auch das Justizministerium soll nicht umziehen: Die 125 Beschäftigten sind im Prinzenbau und in der Alten Kanzlei am Schillerplatz untergebracht.

Laut dem Finanzminister sind die Ministerien zurzeit auf insgesamt 24 Standorte in Stuttgart verteilt. Ziel sei eine Konzentration auf vier, fünf Stellen. Von den 3300 Mitarbeitern des Landes sind nach dem Stand der Dinge 2500 von der Neuordnung betroffen.

Bauboom in der Stadt Überraschung

Erweiterung des Standorts Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße geplant – Gebäudekomplex am Karlsplatz für 950 Mitarbeiter

Das Land Baden-Württemberg treibt die Planungen für eine Konzentration der Ministerien an vier bis fünf Standorten in Stuttgart voran. Ein entsprechendes Konzept des Landesfinanzministers Gerhard Stratthaus (CDU) hat der Ministerrat gestern abgesegnet.

Von Hildegund Oßwald und Achim Wörner

„Der Standort Kernerplatz/Willy-Brandt-Straße wird ausgebaut.“ Das sagte Finanzminister Stratthaus (CDU) gestern nach einer Kabinettsitzung. Die Landesregierung plant, wie berichtet, einen Neubau an der Willy-Brandt-Straße auf einer landeseigenen Brachfläche gegenüber dem Hotel Le Méridien. Nun steht fest, dass die Landesregierung das Gebäude errichten soll, in dem dann das heute am Karlsplatz residierende Innenministerium mitsamt dem Lagezentrum untergebracht wird, so der Finanzminister.

Die Kosten für das Neubauprojekt bezifferte Stratthaus auf 50 Millionen Euro. Der Baubeginn sei für Frühjahr 2009 geplant. Allerdings müsse mit der Stadt erst noch das Planungsrecht geschaffen werden. Zudem stehe insgesamt ein schmales Zeitfenster zur Verfügung, „um eventuelle logistische Schwierigkeiten mit der angrenzenden Großbaustelle von Stuttgart 21 am Hauptbahnhof auszuschließen“. Das Land werde die neuen Räume langfristig zu ortsüblichen Konditionen mieten, sagte der Finanzminister.

Am unmittelbar benachbarten Kernerplatz sind heute schon das Umweltministerium und das Ministerium für Ländlichen Raum zur Miete untergebracht, sodass künftig von den 3300 Beschäftigten in den Landesministerien 1100 an dem Standort Kerner-

platz/Willy-Brandt-Straße arbeiten. „Damit schaffen wir“, so Stratthaus, „einen ersten zentralen Ministerienstandort.“

Nach Informationen der Stuttgarter Zeitung hält das Land weiterhin auch an den Plänen fest, im Bereich des Karlsplatzes in einem repräsentativen Neubau Ministerien zu konzentrieren. Konkret sollen an der Stelle des heutigen Innenministeriums das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das Sozialministerium sowie jeweils kleinere Außenstellen des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Justizministeriums unterkommen – mit zusammen rund 950 Mitarbeitern, wie es in einer internen Kabinettsvorlage heißt.

Wie berichtet, will der Breuninger-Chef Willem van Agtmael das Quartier zwischen Sporer-, Holz- und Dorotheenstraße komplett neu ordnen und stellt sich in diesem Bereich neben neuen Geschäften und Gastronomiebetrieben unter anderem ein Luxushotel vor – was mit den Überlegungen des Landes möglicherweise nicht kompatibel ist. Es werde zurzeit geprüft, ob am Karlsplatz eine Ministeriumsunterbringung möglich sei, so Stratthaus. Auch hier spielen planungsrechtliche Fragen eine wichtige Rolle, „die mit der Stadt geklärt werden müssten“. Diese Anmerkung bezieht sich auf die Höhe und das Volumen des Neubaus, der nach Ansicht des Baubürgermeisters Matthias Hahn (SPD) nicht zu massiv ausfallen darf. Letztlich geht es auch um die Frage, wie viel Platz das Hotel, das mit 200 bis 250 Zimmern möglicherweise wesentlich kleiner als bisher geplant ausfallen könnte, und wie viel Fläche die Landesverwaltung einnehmen kann.

Offen gelassen hat der Finanzminister deshalb auch, wo künftig das Wirtschaftsministerium residieren wird. Wegen des engen



An der Willy-Brandt-Straße, gegenüber dem Hotel Le Méridien, soll das Innenministerium seinen neuen Sitz bekommen. Foto Rudel/Regenscheit

Sachbezugs zum Haus der Wirtschaft könnte die Behörde möglicherweise am Standort Theodor-Heuss-Straße/Kienestraße verbleiben. In diesem Fall denkt das Land an einen Erweiterungsbau auf dem Parkplatz des Wirtschaftsministeriums, den Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der nicht umziehen möchte, zuletzt angestrebt hat. Insgesamt hätten an diesem Ort dann 400 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Allerdings favorisiert der Ministerpräsident dem Vernehmen auch einen Umzug des Wirtschaftsministeriums, zumal es für dessen Gebäude bereits Kaufinteressenten gibt und das Land bekanntlich Geld für die zentralen Neubauten braucht.

Unstrittig ist, dass die Regierungszentrale mit zusammen rund 210 Beschäftigten in der Villa Reitzenstein verbleiben wird. Das Finanzministerium und das Kultusministerium behalten mit 400 Mitarbeitern ihren Sitz im Neuen Schloss. Und auch das Justizministerium soll nicht umziehen: Die 125 Beschäftigten sind im Prinzenbau und in der Alten Kanzlei am Schillerplatz untergebracht.